

Niederschrift

über die 31. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 24.03.2011

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:25 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender Gerhard Ratzel

Bürgermeister Gerhard Böhling

Ratsmitglieder Bastrop, Bödecker, Borkenstein, Buß, Eggerichs, Eggers, Dr. Eickelberg, Fischer, Freygang, Gamperl, Homfeldt, Jongebloed, Just, Kathmann, Knefelkamp, Köhn, König, Labeschautzki, Limberg, Müller, Ottens, Riemer, Schmitz, Schneider, Schüder, Schwitters, Sutorius, Thiesing, Ufken, Wolken

Es fehlten entschuldigt: RM Groenhagen, Schauderna, Torkler

Von der Verwaltung nehmen teil:
StD Anja Müller
VA Holger Rabenstein
VA Heide Schröder-Ward
StAR Thomas Berghof
StAR Elke Idel
VA Ingrid Eggers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
RV Ratzel eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
RV Ratzel stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RV Ratzel verweist auf den von der SPD-Fraktion zu dieser Sitzung eingereichten Dringlichkeitsantrag gemäß § 40 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) hinsichtlich der geplanten Auslagerung des Kulturbüros aus dem Bürgerhaus vom 22.03.2011 und schlägt vor, diesen als Tagesordnungspunkt 15 auf die Tagesordnung zu nehmen.

RM Eggerichs erklärt, dass die Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 12.1 „Entgelterhöhung Freizeitbad“ die Beratung zum Haushalt 2011 beeinflusst und beantragt daher, diesen Punkt vor dem Punkt 11.2 „Haushalt 2011, Investitionsprogramm und Haushaltssicherungskonzept“ zu beraten. RV Ratzel schlägt vor, die Reihenfolge der Punkte 11 und 12 zu tauschen.

Die Tagesordnung wird der vorgenannten Ergänzung und Änderung festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 09.12.2010 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Genehmigung Flächennutzungsplan/Auftrag Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept

Die Neufassung des über mehrere Jahre im Rat diskutierten Flächennutzungsplanes der Stadt Schortens wurde mit Verfügung vom 06.01.2011 durch den Landkreis Friesland vorbehaltlos genehmigt. Durch die Bekanntmachung am 31.01.2011 im Amtsblatt für den Landkreis Friesland ist diese Neufassung wirksam geworden

Im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes haben die Industrie- und Handelskammer in Oldenburg und der Landkreis Friesland die Erstellung eines Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes für die Stadt Schortens empfohlen.

Einen entsprechenden Auftrag an die Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung (GMA), Hamburg, hat der Verwaltungsausschuss am 11.01.2011 beschlossen. In diesem Konzept sollen strategische Handlungslinien für die zukünftige Einzelhandelsentwicklung in Schortens aufgezeigt werden. Ziel soll die Optimierung der Versorgungssituation, die Komplettierung des Angebotes und die qualitative Entwicklung des Bestandes sein. In einem transparenten Verfahren werden die Bürgerinnen und Bürger durch entsprechende Umfragen beteiligt.

Außerdem wird ein Arbeitskreis mit Vertretern aus dem Verein für Touristik, Gewerbe und Marketing in Schortens, den Ratsfraktionen, der Verwaltung, der IHK und des Landkreises Friesland gebildet.

In diesem Zusammenhang wird auch geklärt werden, ob die von den Investoren des Fachmarktzentrums erbetene Ansiedlung eines kleinflächigen Lebensmittelmarktes für die Innenstadt verträglich ist. Nach Vorlage des Gutachtens hat nach Beteiligung durch die Ratsgremien der Rat der Stadt in seiner Gesamtheit das Letztentscheidungsrecht in dieser Angelegenheit. Es kann davon ausgegangen werden, dass entsprechende Ergebnisse bis zum Sommer des Jahres vorliegen.

6.2. Sachstand "Konzessionsvertrag"

In der heutigen Sitzung des Rates soll über eine Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Wangerland hinsichtlich des gemeinsamen Vorgehens beim Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages ab Dezember 2012 beschlossen werden. Im Dezember wurde entsprechend der vergaberechtlichen Anforderungen im Bundesanzeiger bekannt gemacht, dass die Konzessionsverträge zur Neuvergabe anstehen. Der Stadt liegen inzwischen bereits drei Interessenbekundungen vor. Es ist davon auszugehen, dass weitere Interessensbekundungen von Unternehmen folgen werden. Aufgrund der bereits jetzt vorliegenden Entwicklung ist davon auszugehen, dass ab Dezember 2012 ein neuer Konzessionsvertrag zu für die Stadt Schortens verbesserten Bedingungen abgeschlossen werden kann.

6.3. Planänderungsverfahren für den Bereich Accum

Bekanntlich liegt der Planfeststellungsbeschluss für den sogenannten „Kreuzungsbahnhof in Accum“, der zwischenzeitlich fertig gestellt worden ist, vor. Ausgenommen wurde seitens der Deutschen Bahn hiervon noch die Feststellung hinsichtlich aktiver und passiver Schallschutzmaßnahmen für den Bereich Accum.

Die mit dem ergänzenden Planfeststellungsverfahren beauftragte Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Hannover, hat der Stadt zwischenzeitlich die entsprechenden Unterlagen übersandt und die Veröffentlichung der vorgesehenen Maßnahmen im Zeitraum vom 04.04.2011 bis 03.05.2011 veranlasst.

Jeder, dessen Belange durch das Bauvorhaben berührt werden, kann bis spätestens zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung, das ist bis zum 17.05.2011, entsprechende Einwendungen erheben. Die öffentliche Bekanntmachung über die Auslegung wird am folgenden Wochenende in den Tageszeitungen erscheinen.

Die Gremien des Rates der Stadt Schortens werden sich innerhalb dieses Zeitraums mit der Sache befassen und eine Stellungnahme abgeben.

6.4. Antrag zum Klimaschutzkonzept

Im Verwaltungsausschuss wurde ein Auftrag an die Arbeitsgemeinschaft Planungsbüro Thalen in Kooperation mit der Energie-Effizient-Agentur KEEA aus Kassel erteilt mit dem Ziel, bis zum 31. März 2011 einen entsprechenden Förderantrag zur Erstellung eines Klimaschutz-Teilkonzeptes beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu stellen. Es handelt sich um eine Untersuchung der folgenden Bausteine:

- Einführung eines Klimaschutzmanagements mit Organisations- und Controllingkonzept für die kommunalen, eigenen Liegenschaften,
- Gebäudebewertung für 11 größere kommunaleigene Gebäude mit einem Maßnahmenkonzept und Investitionskosten für die Maßnahmen, die technisch und wirtschaftlich am effektivsten umzusetzen sind, sowie
- um die Feinanalyse für drei Gebäude in Schortens mit detaillierter Beschreibung des baulichen und wärmetechnischen Zustandes mit Aufzeigen von Wärmebrücken und Lüftungswärmeverlusten etc.

Sofern den Anträgen seitens des Bundesministeriums zugestimmt wird, kann die Stadt für die Umsetzung der Maßnahmen eine Förderung von bis zu 70 % der entstehenden Kosten erhalten.

6.5. Konzeption "Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien" sowie Einführung Familienkarte

Nach entsprechender Beratung im Fachausschuss hat der Verwaltungsausschuss in der Sitzung am 15.03.2011 einstimmig die schrittweise Umsetzung der Maßnahmen des vorgelegten Konzeptes für ein „Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien“ beschlossen. Zum Schuljahresbeginn im Sommer des Jahres soll damit ein sozialpädagogisches Angebot an den Grundschulen ermöglicht werden.

Die Verwaltung wird selbstverständlich die im Rahmen der Reform der Hartz IV-Gesetze geschaffenen Möglichkeiten zur Refinanzierung von sozialpädagogischen Angeboten nach Vorlage entsprechender gesetzlicher Regelungen beantragen.

Am gleichen Tage wurde im Verwaltungsausschuss die Einführung einer Familienkarte beschlossen. Alle Kinder/Jugendlichen mit Wohnsitz in Schortens erhalten demnach 2 x pro Jahr einen kostenlosen Eintritt ins Freizeitbad und in das Naturfreibad. Darüber hinaus werden weitere Ermäßigungen für das Bürgerhaus und andere Einrichtungen gewährt. Die Verwaltung bereitet derzeit den Versand des Gutscheinheftes an alle Kinder und Jugendlichen in Schortens vor.

6.6. Zu den Baumaßnahmen ist Folgendes zu berichten:

- Hinsichtlich des Radweges an der Grundschule Glarum wurde die erforderliche Bestandsvermessung durchgeführt, so dass jetzt mit den Planungsarbeiten und weiteren Abstimmungen begonnen werden kann.
- Der Endausbau für die Straßen „Am Junkernberg“/Johann-Eden-Straße wird seit Anfang März fortgesetzt und ist derzeit zu 70 % fertig gestellt.
- Mit den Planungen für die Umgestaltung der Kinderspielplätze an der Krippe in Schortens, der Grundschule Heidmühle und der Grundschule Oestringfelde wurde begonnen.
- Von der Jugendwerkstatt wurde ein abgängiges Spielgerät auf dem Aktivspielplatz in Middelsfähr von Grund auf renoviert.
- Seit der letzten Ratssitzung im Dezember sind 37 Bauanträge, davon 14 für Wohnhäuser, eingegangen.

7. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 25.01.2011

7.1. Vorgesehene Übernahme der Straßenbaulast im "JadeWeserPark" und Zweckvereinbarung für Übernahme der Abwasserbeseitigung durch die Stadt **SV-Nr. 06//1027**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll anliegenden öffentlich-rechtlichen Verträge über eine Zweckvereinbarung zur Abwasserbeseitigung und einer Übernahme der Straßenbaulast im JadeWeserPark zwischen dem Zweckverband JadeWeserPark und der Stadt Schortens werden anerkannt.

Der vorstehende Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

8. Vorlage des Planungsausschusses vom 27.01.2011

8.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2010 auf Benennung des Platzes vor dem Bürgerhaus **SV-Nr. 06//1039**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Platz vor dem Bürgerhaus soll in „Bürgerhausplatz“ benannt werden.

Die vorstehende Beschlussempfehlung wird mit 1 Enthaltung beschlossen.

9. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 15.02.2011

- 9.1. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Wangerland zwecks Vergabe Konzessionsverträge **SV-Nr. 06//1017**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Schortens und der Gemeinde Wangerland zur Bündelung der gemeinsamen Vergabe der Strom- und Gas-Konzessionsverträge wird beschlossen.

Die vorstehende Beschlussempfehlung wird einstimmig beschlossen.

- 9.2. Kommunalwahl 2011;
Einteilung des Wahlgebietes der Stadt Schortens in Wahlbereiche **SV-Nr. 06//1087**

- 9.2.1. Antrag der Fraktionen "Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke, FDP, FdU, UWG" vom 01.03.2011 auf Bildung eines Wahlbereiches für das Wahlgebiet Schortens

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Für die Gemeindewahl am 11. September 2011 werden für das Wahlgebiet der Stadt Schortens zwei Wahlbereiche gebildet.

RM Schüder erklärt, dass die Stimmabgabe in der Vergangenheit je nach Wohnanschrift eingeschränkt war. Durch die Änderung des Wahlggesetzes wird nunmehr die Möglichkeit geschaffen, unter allen Kandidaten und Kandidatinnen den Favoriten zu wählen. Sie nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage, deren Begründung und Beschlussempfehlung aus Sicht der Fraktionen FDP, UWG, FdU, „Die Linke“ und „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ inhaltlich nicht übereinstimmen. Die Fraktionen haben daher gemeinsam die Bildung eines Wahlbereiches für Schortens beantragt. Sie appelliert an alle Ratsmitglieder, der Bildung eines Wahlbereiches zuzustimmen und damit auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu erweitern.

RM Schwitters schließt sich den Ausführungen des Ratsmitgliedes Schüder an und bittet um Unterstützung des Antrages. Die Erhöhung der Demokratie für die Bürger stellt für sie den wichtigsten Aspekt dar.

RM Wolken beantragt, über den Antrag geheim abzustimmen.

RM Buß erklärt, dass vor kurzem demokratisch darüber abgestimmt wurde, den Rat nicht zu verkleinern. Durch diese Beschlussfassung wurde auch die Möglichkeit zur Bildung von 2 Wahlbereichen – wie bisher – geschaffen. Hierin sieht er nicht mehr, aber auch nicht weniger Demokratie.

RM Just nimmt Bezug auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und die Vorberatung zu diesem Punkt. Unter anderem merkt er kritisch an, dass in diesem Falle eine Beschlussempfehlung der Verwaltung nicht erforderlich gewesen wäre. Eine objektive und neutrale Darstellung des Sachverhaltes wäre ausreichend gewesen. Durch die Bildung eines Wahlbereiches entsteht seines Erachtens zweifellos mehr Demokratie. Die Mitbestimmung und die Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger würden sich dadurch erhöhen.

BM Böhling begründet die Beschlussempfehlung der Verwaltung und erklärt, dass die Auswahlmöglichkeit lediglich besteht, weil einer Reduzierung des Rates seinerzeit nicht zugestimmt wurde.

RV Ratzel legt die Reihenfolge der Abstimmung über die vorliegenden Anträge und den Beschlussvorschlag fest und führt die Abstimmung durch.

1. Antrag des Ratsmitgliedes Wolken auf Durchführung einer geheimen Abstimmung über den „Antrag der Fraktionen FDP, UWG, FdU, Die Linke und Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Bildung eines Wahlbereiches“. Für die Durchführung der geheimen Abstimmung ist die Zustimmung von 1/3 der Ratsmitglieder erforderlich.

Dem Antrag wird mit 1 Gegenstimme zugestimmt. RM Just hat dem Antrag nicht zugestimmt.

2. Geheime Abstimmung über den „Antrag der Fraktionen FDP, UWG, FdU, Die Linke und Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Bildung eines Wahlbereiches“.

Als Helfer für das Auszählen der Stimmzettel bestimmt RV Ratzel die Ratsmitglieder Ufken und Riemer.

Es wurden 32 gültige Stimmen abgegeben. Der Antrag wird mit 2 Enthaltungen, 13 Ja-Stimmen und 17-Nein-Stimmen abgelehnt.

3. Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Ausschusses:

RM Schwitters bittet darum, die Stimmen zu protokollieren.

Der Beschlussvorschlag wird mit 20 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen beschlossen.

10. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 01.03.2011

10.1. Änderung der Elternvertretung im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss **SV-Nr. 06//1098**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Als (stimmberechtigtes) hinzu gewähltes Mitglied für den Schulausschuss wird neu benannt:

Elternvertreterin:

Mitglied:

Frau Maren Pörschke-Seekamp

Stellvertreterin:

Frau Andrea Janßen (unverändert)

Die vorstehende Beschlussempfehlung wird einstimmig beschlossen.

11. Vorlage des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus vom 03.03.2011

11.1. Entgelterhöhung Freizeitbad **SV-Nr. 06//1094**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die Entgelte für das Freizeitbad Aqua-Toll werden ab 1. Mai 2011 wie folgt festgesetzt:

Erwachsene

- 1,5 Std.-Tarif: 3,50 Euro

- 3,0 Std.-Tarif: 5,70 Euro

Kinder/Jugendliche (4 – 16 Jahre)

(ebenso Schüler, Studenten, Auszubildende, Zivildienstleistende und Wehrpflichtige):

- 1,5 Std.-Tarif: 1,90 Euro

- 3,0 Std.-Tarif: 3,10 Euro

Zehnerkarte:

- 3,0 Std.-Tarif: 54,00 Euro für Erwachsene

- 3,0 Std.-Tarif: 28,00 Euro für Jugendliche

- 1,5 Std.-Tarif: 29,00 Euro für Erwachsene

- 1,5 Std.-Tarif: 17,00 Euro für Jugendliche

Familienkarte

13,70 Euro sowie für jedes weitere Kind 1,90 Euro

Aqua-Toll-Card

- 36,00 Euro für Erwachsene

- 19,00 Euro für Jugendliche

Säuglingsschwimmkurse

Eltern mit 1 Kind: 39,00 Euro

Eltern mit 2 Kindern: 55,00 Euro

Entgelte für Vereine, Institutionen und Schulen:

Pro Bahn und Stunde: 5,75 Euro

StD Müller erläutert die Änderungen zu den Tarifen aus dem Fachausschuss.

RM Eggert als Vorsitzender des Fachausschusses erläutert, dass das Bad mit einem strukturellen Defizit von ca. 702.000 € abschließt, woraus sich rechnerisch ein Zuschuss von 3,76 € für jeden Besucher des Bades ergibt. Da es sich aus betriebswirtschaftlicher Sicht hierbei um einen unhaltbaren Zustand handelt, hält der Ausschuss es für erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Verbesserung erwirken. Er weist darauf hin, dass die letzte, geringfügige Erhöhung der Eintrittspreise im Jahr 2001 im Rahmen der Euroumstellung erfolgte und bittet die Ratsmitglieder um Zustimmung zur Entgelterhöhung.

RM Labeschutzki erklärt, dass Freizeitbäder in Kurzzeiträumen einem starken Attraktivitätsverlust unterliegen und die Situation auch in Schortens nicht anders ist.

Auch wenn in den ersten Monaten dieses Jahres eine Steigerung der Besucherzahlen von 6.000 gegenüber dem Vorjahr erzielt wurde, sieht die SPD-Fraktion durch diese Maßnahme der Entgelterhöhung eine Stabilisierung oder gar eine Steigerung der Besucherzahlen nicht gegeben. Aus Sicht seiner Fraktion sollte es Ziel der Stadt sein, Besucherpotenziale zu halten oder gar zu steigern. Er verweist auf die veränderte Wettbewerbssituation in der Region seit dem Jahr 2000 durch die Eröffnung des Freizeitbades Nautimo in Wilhelmshaven und führt weiter aus, dass in Aurich ein weiteres neues Freizeitbad gebaut wird. Die SPD-Fraktion vermisst ein Konzept bezogen auf die Wettbewerbssituation. Anstelle einer Entgelterhöhung wäre es aus Sicht seiner Fraktion besser gewesen, detaillierte Zahlen zu untersuchen und eine Marktanalyse darüber zu erstellen, wie man im Vergleich zu Mitbewerbern/Nachbarangebietern dasteht (Besucherzahlen, Einnahmen und Ausgaben, Serviceleistungen). Auf dieser Basis hätte ein Marketingkonzept unter marktwirtschaftlich ausgerichtetem Badmanagement unter der Federführung des neuen Leiters, Herrn Kramer, und der Marketingabteilung erstellt werden können. Durch die Marktanalyse hätten auch die Wünsche der Kunden (z. B. Attraktivitätssteigerung, Wassertag für die Jugend, ggf. auch eine Neutarifizierung gegen Kundenverlust) und die Stärken des Bades (z. B. 25 m-Bahn, Veranstaltungen, Kurse) herausgearbeitet werden können. Ferner hätte eine Prüfung über den Stand der Technik und möglicher (Energie-)Einsparpotenziale erfolgen können. Aus Sicht der SPD-Fraktion hätte für das Freizeitbad ein Grundkonzept erarbeitet und anschließend vermarktet werden müssen. Die Preiserhöhung bezeichnet er als einen konzeptlosen Schnellschuss, deren Höhe einfach über den Daumen gepeilt wurde. Insbesondere verweist er auf die Erhöhung beim Säuglingsschwimmen. Abschließend teilt er mit, dass die SPD-Fraktion der Entgelterhöhung aufgrund der vorgenannten Ausführungen nicht zustimmen wird.

Bezug nehmend auf den Vortrag von RM Eggert gibt RM Homfeldt zu bedenken, dass die derzeitige betriebswirtschaftliche Situation nicht mehr tragbar ist. Zum Beitrag von RM Labeschutzki teilt er mit, dass über eine Analyse über das Freizeitbad bereits im vergangenen Jahr beraten wurde.

Im Ergebnis wurde festgehalten, dass Investitionsbedarf - u. a. im Bereich Technik und Wärmedämmung - besteht und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung erforderlich sind.

Dieses sind für ihn jedoch weitere Argumente für eine Anhebung der Eintrittspreise nach 10 Jahren. Als mögliche Alternative käme eine Steuererhöhung in Frage, die jedoch Auswirkungen auf alle Bürgerinnen und Bürger und nicht nur auf die Nutzer/-innen des Bades hätte. Eine Steuererhöhung käme für die CDU-Fraktion jedoch erst als allerletztes Mittel nach Ausschöpfung aller Ressourcen zum Tragen. Für ihn stellt sich die Frage, warum die Stadt davon ausgeht, dass das Aqua-Toll nur aufgrund des billigen Preisniveaus für Besucher interessant ist. Für ihn ist es wünschenswert und ratsam, dass sowohl Rat und Verwaltung als auch alle Bürgerinnen und Bürger etwas mehr Selbstbewusstsein und Stolz in Bezug auf ihre Stadt entwickeln, die im Vergleich zu anderen Kommunen über ein gutes Angebot verfügt. Aufgrund des vom Ausschussvorsitzenden genannten betriebswirtschaftlichen Ergebnisses und des bekannten Verbesserungsbedarfs hält er die Preiserhöhung nach 10 Jahren für ordentlich und moderat.

RM Schneider teilt mit, dass die Gruppe „Bündnis 90/DIE GRÜNEN/DIE LINKE“ die Erhöhung des Entgeltes des Freizeitbades zu diesem Zeitpunkt ebenfalls ablehnt. Der Zeitpunkt für die Erhöhung ist aus Sicht der Gruppe verfrüht, da keine Attraktivitätssteigerung erfolgt ist. Eine Attraktivität stellen für sie auch die im Gegensatz zu den umliegenden Bädern noch relativ günstigen Eintrittspreise dar. Da das Bad in den ersten drei Monaten bereits eine höhere Besucherzahl zu verzeichnen hatte, sollte nach Ansicht ihrer Gruppe vor einer Erhöhung zunächst die Entwicklung der Besucherzahlen im Jahr 2011 abgewartet werden.

RM Just hält die Preiserhöhung nach 10 Jahren für durchaus angemessen und moderat. Auch nach der Preiserhöhung würde im Vergleich zu anderen Bädern ein hervorragendes Preis-/Leistungsverhältnis bestehen, das die Besucherinnen und Besucher schätzen.

In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Hauptvorteile des Bades (gutes Preis-/Leistungsverhältnis, kostenlose Nutzung von zwei Dampfbädern) in der Werbung künftig zielgerichteter dargestellt werden sollten. Die BfB-Fraktion wird der Entgelterhöhung zustimmen.

BM Böhling teilt mit, dass auch die Entgelte für die Vereine und die Schulen um durchschnittlich 10 % angehoben werden sollen. Von den Vereinen ist hiergegen kein Widerspruch erfolgt.

**Die Beschlussempfehlung wird mehrheitlich beschlossen.
Die Mitglieder der SPD-Fraktion und der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN- DIE LINKE haben gegen den Beschlussvorschlag gestimmt.**

12. Vorlagen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 02.03.2011

12.1. Jahresrechnung 2009 und Entlastung des Bürgermeisters
SV-Nr. 06//1076

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die Jahresrechnung der Stadt Schortens für das Haushaltsjahr 2009 wird in der vorliegenden Fassung gem. § 101 Abs. 1 NGO beschlossen. Die Entlastung des Bürgermeisters gem. § 101 Abs. 1 NGO wird erteilt.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

BM Böhling hat an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

12.2. Haushalt 2011, Investitionsprogramm und Haushaltssicherungskonzept
SV-Nr. 06//1097

12.2.1. Haushalt 2011, Investitionsprogramm und Haushaltssicherungskonzept
SV-Nr. 06//1097/1

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

- 1. Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 werden beschlossen.**
- 2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2011-2014 wird beschlossen.**
- 3. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2011 wird beschlossen.**

RM Freygang als Fachausschussvorsitzender erklärt, dass alle Ratsmitglieder in den Fachausschüssen in den letzten Monaten ein großes Arbeitspensum zu erledigen hatten und eine solide Arbeit abgeliefert haben. Kennzahlen und Ziele wurden eingebracht und im Finanz- und Wirtschaftsausschuss konstruktiv beraten. Für die einzelnen Teilhaushalte wurden Einspar- und Einnahmepotenziale festgelegt. Er spricht allen, die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben, seinen Dank aus.

Der Fehlbedarf lag ursprünglich bei 2,368 Mio. Euro und hat sich durch die intensive Arbeit der letzten Monate auf nunmehr 1,99 Mio. Euro verringert. Fröhlich stimmen könne dieses jedoch nicht. Die Nettokreditaufnahme liegt bei 640.000 Euro. Diese negative Situation könnte schlagartig durch eine Einigung über die sofortige Schließung des Bürgerhauses, des Jugendzentrums, des Freizeitbades „Aqua-Toll“, des Freibades und der Bücherei geändert werden. Diese wurde vom Finanz- und Wirtschaftsausschuss jedoch deutlich abgelehnt.

Der Rat möchte trotz schwieriger Herausforderungen dazu beitragen, dass die Stadt Schortens für die Bürger weiterhin liebens- und lebenswert bleibt, und das besonders auch für Kinder und Jugendliche, Senioren und Familien. Von diesen ganzen Gedanken getragen bittet er um Zustimmung zu diesem Haushalt.

RM Eggerichs weist darauf hin, dass die langfristige Verschuldung zum 01.01.2011 11,3 Mio. Euro betrug.

Wenn sich der jetzige Haushalt nach Plan entwickelt, wird diese Summe am Ende des Jahres mehr als 12 Mio. Euro betragen. Bezugnehmend auf das Haushaltssicherungskonzept teilt er mit, dass der Stadt kaum noch Einsparungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, ohne massiv in die freiwilligen Leistungen eingreifen zu müssen. Als Erwartung an das Haushaltssicherungskonzept nennt er die Senkung der Kreisumlage. Den Ansatz der Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 2,1 Mio. Euro hält die SPD-Fraktion aufgrund der vorherrschenden schwierigen Zeiten für realistisch. Die jetzige Finanzlage ist die Folge der Finanzierung einer sich in den letzten Jahrzehnten entwickelten Wohnqualität (u. a. Schulen, Freizeit-, Kultur- und Sportangebot). Die Finanzmittel für die Entwicklung und die vorhandenen Finanzmittel klaffen leider zurzeit auseinander. Erstes Ziel müsse in der Zukunft daher die Sicherung und Sanierung des Bestandes, also der Erhalt des Ist-Zustandes, sein. Zusätzliche Einnahmen sollten daher keine neuen Begehrlichkeiten wecken, sondern der Schuldenverminderung zugeführt werden.

Zum vorliegenden Haushalt führt RM Eggerichs aus, dass die SPD-Fraktion die Erhöhung der Eintrittspreise für das Freizeitbad „Aqua-Toll“ und die Familien-Card nicht unterstützt. Positiv bewertet seine Fraktion die in den Fachausschüssen durchweg gemeinsam beschlossenen Investitionen. Ferner begrüßt sie die Einstellung von Sozialpädagogen an den Ganztagschulen, die Rücknahme der Mittelkürzung für die Grundschulen und die Bereitstellung von Mitteln für die Vereinsförderung und die Jugendarbeit. Positiv bewertet wird zudem die Entscheidung der Sportplatzenerweiterung und –sanierung ab dem Jahr 2012 anstelle einer Sportplatzverlagerung. Er dankt der Kämmerei für die geleistete Arbeit. Abschließend teilt er mit, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird.

RM Schüder erklärt, dass die Gruppe Bündnis 90/Die GRÜNEN- DIE LINKE im Laufe des Haushaltsjahres Entscheidungen in manchen Bereichen, u. a. Ausgaben für Kinder, Jugend, Familie, Schulen und Sozialarbeit, sowie für Investitionen, z. B. in regenerative Energien, mitgetragen hat. Dem Haushalt stimmt die Gruppe jedoch trotzdem nicht zu.

Als Begründung führt sie aus, dass die Verschuldung der Stadt rasant weiter ansteigt, obwohl genau diese Verschuldung gebremst werden soll. Bei den geplanten Investitionsvorhaben, die auf die kommenden 3 Jahre hinaus geschoben und gestreckt werden, kommen zum vorhandenen Schuldenberg in den nächsten Jahren noch einmal 10 Mio. dazu, womit sich auch die Zinslast verdoppeln wird.

Insbesondere die Ausgaben von 3,5 Mio. Euro für die Investitionsvorhaben im Bereich der Sportplätze und der Gebäudesanierung auf den Sportplätzen hält die Gruppe in Zeiten knapper Kassen für sehr leichtfertig. Als bleibendes Ärgernis bezeichnet sie die Ausgaben für das Stadtmarketing mit jährlich 240.000 Euro. In diesem Bereich sieht sie eine Kooperation mit den Nachbarkommunen als sinnvoll an. Das im Haushalt verankerte Ziel der Auslagerung des Bürgerhausbüros in das Marketingbüro in der Rheinstraße lehnt ihre Gruppe entschieden ab, da sie hierin eine Beschädigung der erfolgreichen Arbeit des Bürgerhaus-Teams sieht und das Bürgerhaus als Magnet mit großer überregionaler Wirkung gefährdet wird.

Problematisch beurteilt die Gruppe die Ausgaben für alle geplanten Baumaßnahmen. Hierzu geht sie näher auf die im Zusammenhang mit der B 210 geplante „Dorferneuerung Ostiem“ und den geplanten Ausbau des Radweges in Glarum ein.

Zum geplanten Ausbau des Radweges in Glarum teilt RM Fischer mit, dass hiermit einem Wunsch der Eltern aus Glarum und aus Accum Rechnung getragen wird. Diese Baumaßnahme hat die SPD-Fraktion – gerade auch hinsichtlich einer Unfallvermeidung - forciert.

RM Just erklärt, dass die BfB-Fraktion ihre Zustimmung oder Ablehnung von der Abstimmung über die von der Fraktion eingereichten 4 Anträge zur Haushaltskonsolidierung abhängig macht. Er bittet die Verwaltung um Darstellung der langfristigen Verschuldung, da er hierauf in einem späteren Beitrag eingehen möchte. Weiter führt er aus, dass die Anträge der Fraktion zur Haushaltskonsolidierung ein Volumen von 285.000,00 € haben. Zusätzlich könnten weitere 200.000 Euro gespart werden, insgesamt somit um die 500.000,00 Euro. Diese Einsparungen könnten ohne eine Schließung von wichtigen öffentlichen Einrichtungen erzielt werden. Die Vorschläge der BfB-Fraktion beziehen sich im Wesentlichen auf Dinge, die kaum frequentiert werden und entbehrlich sind bzw. die im Verhältnis zu den Einsparungen keinen großen Verlust darstellen. Nachfolgend erläutert er die Anträge seiner Fraktion:

1. Keine Bezuschussung der Jugendwerkstatt, Einsparung: 185.000,00 Euro.
Begründung:
Die Angelegenheit gehört in den Zuständigkeitsbereich des Landes/Jobcenters/Landkreises.
2. Keine Kostenübernahme für die Schulsozialarbeit in Höhe von 50.000,00 Euro ab 2012.
Begründung:
Die Aufgabe gehört in den Zuständigkeitsbereich des Landes oder des Bundes.

3. Streichung des Mittagessenangebotes im Jugendzentrum,
(Kosten allein für die Betreuung ca. 25.000,00 Euro)
Begründung:
Das Angebot wird kaum genutzt und ist unverhältnismäßig teuer (20,00 € Betreuungsaufwand pro Essen, nur unter 10 Teilnehmer im Schnitt), zudem steht es in Konkurrenz zum Ganztagsangebot und lockt unnötig Jugendliche aus den Ganztagschulen ins Jugendzentrum.
4. Keine Wiederbesetzung der Stelle der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten nach Eintritt der jetzigen Stelleninhaberin in die Altersteilzeit. Einsparung: 25.000,00 €.

Durch einen Verzicht auf den Umbau des Jugendzentrums in ein Familienzentrum könnten zusätzlich rund 100.000 Euro eingespart werden. Nach Ansicht seiner Fraktion sollten im Zeitalter der Ganztagschulen Sozialpädagogen und auch das Freizeitangebot an die Schulen verlegt werden. Als gelungenes Beispiel beschreibt er das Modell der Gemeinde Zetel. Ferner könnten 100.000,00 € für Anbaukosten eingespart werden.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass in Schortens u. a. die Kriminalität und Sachbeschädigung nach Angaben der Polizei im Gegensatz zu anderen Kommunen eher rückläufig sind. Hierin sieht er einen Zusammenhang mit den Angeboten der Stadt, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Ansprechmöglichkeiten und Hilfestellung zu geben.

Auch er findet die Entwicklung des Haushaltes nicht gut. Das Problem liege allerdings in der finanziellen Ausstattung der Kommunen in Niedersachsen, die deutlich besser sein könnte. Jedoch könne man nicht auf eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und damit verbunden mehr Handlungsspielraum warten. Deswegen wurden 47 Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht. Mit Hilfe des doppischen Haushaltes können die Kosten in den nächsten 2 – 4 Jahren transparent dargestellt werden und es werden Einsparungsmöglichkeiten erkennbar sein, die die Effizienz der Stadt steigern können.

RM Homfeldt verweist auf die vielen positiven Aspekte wie das hohe Niveau in den Bereichen Freizeit, Kultur, Schulen und preiswerte Baulandpreise. Er setzt darauf, dass die Vermarktung der Stadt in den nächsten Jahren anzieht, neue Bürger gewonnen werden können, sich Gewerbebetriebe ansiedeln und die Einnahmen der Gewerbesteuer weiter steigen. Es sei richtig, dass der Schuldenstand steigt, die Alternative wäre jedoch, nicht mehr in den städtischen Bestand zu investieren sowie die Sportplatzanlagen und das Freizeitbad Aqua-Toll nicht zu sanieren. Jedoch bestehe Einigkeit im Rat, diesen Weg nicht zu gehen.

StAR Idel beantwortet die Frage zur Schuldenentwicklung von RM Just. Der offizielle Schuldenstand (Seite 309 des Haushaltes) betrug zum 01.01.2011 rund 11.341.000,00 Euro.

Dieses ist der heutige Stand der langfristigen Schulden ohne Kassenkredite. Diese betragen 2,5 Mio. Euro. Die Nettoneuverschuldung (Zeile 36 des Finanzhaushaltes, Seite 15) des Haushaltes und die Schulden steigen im Jahr 2011 bei der derzeitigen Planung in 2011 um rund 637.000 Euro, in 2012 um 4.070.000,00 Euro, in 2013 um rund 3.505.000,00 Euro und in 2014 um 1.877.000,00 Euro, so dass der langfristige Schuldenstand (langfristige Darlehen) zum Stand 01.01.2015 21.430.000,00 Euro beträgt.

RM Just erklärt, dass die Stadt perspektivisch auf einen Schuldenstand von über 21 Mio. Euro hinausläuft, obwohl vor 1,5 Jahren von der CDU-Fraktion die Vorlage eines Konzeptes zur Entschuldung der Kommune angekündigt wurde. Herausgekommen ist, dass die Schulden erheblich mehr steigen als das bisher nur befürchtet und erwartet wurde.

RV Ratzel lässt zunächst über die Änderungsanträge der BfB-Fraktion und anschließend über die Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen:

Anträge der BfB-Fraktion:

1. Keine Bezuschussung durch die Stadt an die Jugendwerkstatt ab 2012 (185.000,00 Euro).
Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
2. Keine Kostenübernahme für Sozialpädagogen an den Grundschulen (Schulsozialarbeit 50.000,00 Euro).
Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
3. Streichung des Mittagessenangebotes im Jugendzentrum (25.000,00 Euro)
Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
4. Keine Wiederbesetzung der hauptamtlichen Stelle der Gleichstellungsbeauftragten (25.000,00 Euro)
Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Ausschusses:
Die Beschlussempfehlung wird mit 4 Gegenstimmen beschlossen.

13. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 15.03.2011

13.1. Antrag auf kostenlosen Freibadeintritt **SV-Nr. 06//1117**

RM Just erläutert den Antrag der BfB-Fraktion. Er hält dieses für ein tolles, familienfreundliches Angebot. Die Kosten für die Stadt würden lediglich 10.000,00 Euro betragen, wobei viele tausend Kinder, Jugendliche und Erwachsene jede Saison davon profitieren würden. Auch für den Beach-Club wäre der kostenlose Eintritt von Vorteil, da dieser stärker frequentiert würde.

Dieses Angebot würde sehr viele Menschen erreichen und wäre auch vom Umfang her sehr viel attraktiver und viel preiswerter als die beschlossene Familien-Card, zumal diese nur für Menschen bis zu einem Alter von 16 Jahren Gültigkeit hat.

RM Thiesing erklärt, dass dem Antrag aufgrund der geplanten Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Sanitäranlagen im Freibad nicht zugestimmt werden kann.

RM Schneider teilt mit, dass es sich bei dem Freibad um eine Dienstleistung der Stadt für den Bürger handelt. Die bisherige Nutzung zeigt, dass die Leute es gern nutzen und bereit sind, 1,00 Euro Eintritt zu zahlen. Bei der Sanierung der sanitären Anlagen handelt es sich um den Beginn von einigen Verbesserungen und sie geht davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schortens auch zukünftig diesen 1,00 Euro für diese Freizeitgestaltung übrig haben werden.

Der Antrag der BfB-Fraktion wird mit 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

14. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 22.03.2011

14.1. Resolution zur Sicherung des Bundeswehrstandortes in Schortens-Upjever **SV-Nr. 06//1106**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die der Sitzungsvorlage beigefügte Resolution des Rates der Stadt Schortens zur Sicherung des Bundeswehrstandortes in Schortens-Upjever wird beschlossen.

BM Böhling erläutert, dass keine Anzeichen für eine Gefährdung des Standortes der Bundeswehr in Upjever bestehen. Bei der Verabschiedung der Resolution gehe es jedoch darum, ein Zeichen gegenüber den Soldatinnen und Soldaten und den Zivilbeschäftigten zu setzen. Weiter führt er aus, dass er von Soldatinnen und Soldaten vielfach auf den guten Kontakt und das gute Miteinander mit der Stadt angesprochen wurde. Aufgrund der großen Zusammengehörigkeit sollte alles für die zukünftige Sicherung des Bundeswehrstandortes in Upjever getan werden.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

15. Dringlichkeitsantrag gemäß § 40 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) der SPD-Fraktion vom 22.03.2011 hinsichtlich der geplanten Auslagerung des Kulturbüros aus dem Bürgerhaus

RM Borkenstein erklärt, dass die SPD-Fraktion die Auslagerung des Kulturbüros und damit verbunden auch des Kulturkoordinators aus dem Bürgerhaus sowie die daraus resultierenden möglichen negativen Folgen für sehr gravierend hält und daher den Vorbehalt der Beschlussfassung durch den Rat in einer zeitnahen öffentlichen Sitzung beantragt.

RM Homfeldt erklärt, dass seitens der CDU-Fraktion und ihrer Partner nichts dagegen spricht über die Angelegenheit nochmals öffentlich zu beraten. Er verweist darauf, dass in der letzten Woche über diese Angelegenheit öffentlich beraten wurde. Gegen den in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck über eine nichtöffentlich erfolgte Beratung zu diesem Thema wehrt er sich daher.

Für die CDU-Fraktion beantragt RM Homfeldt den Antrag der SPD-Fraktion dahingehend zu ändern, dass die außerordentliche Ratssitzung speziell zu diesem Thema möglichst noch vor Ostern durchzuführen ist.

RM Just teilt mit, dass die BfB-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion begrüßt.

Es ergeht einstimmig nachfolgender Beschluss:

- 1. Der von der CDU-Fraktion beantragten Änderung wird zugestimmt.**
- 2. Der Rat behält sich die Beschlussfassung über die geplante Auslagerung des Kulturbüros aus dem Bürgerhaus vor.**

16. Anfragen und Anregungen:

- 16.1. RM Schüder stellt im Namen von RM Schauderna, der heute nicht an der Sitzung teilnehmen kann, Fragen zum Petitionsaufruf des Jugendzentrums.

Bezug nehmend auf Artikel 17 des Grundgesetzes fragt RM Schauderna nach, ob Herr Schollmeier das Recht dazu hatte, eine Petition ohne Zustimmung des Rates zu verfassen.

Wenn dies der Fall sein sollte, bittet er um Auskunft, warum der Bürgermeister sich hinsichtlich der Äußerungen des Ratsmitgliedes Just über Herrn Schollmeier nicht hinter seinen Mitarbeiter gestellt hat.

BM Böhling antwortet, dass grundsätzlich jeder Mann und jede Frau das Recht auf das Verfassen einer Petition hat, jedoch nur als Privatperson. Als Mitarbeiter oder Teil der Verwaltung ist es so, dass dieses mit dem zuständigen Organ abgestimmt werden muss. In diesem Fall mit dem Bürgermeister, dem Verwaltungsausschuss oder dem Rat.

Hierzu hat er gegenüber den Ratsmitgliedern Stellung bezogen und mit Herrn Schollmeier die rechtlichen Aspekte besprochen.